

Engagement wird geschätzt – und ebenso die Tageszeitung

BaWü-Check: Die Mehrheit im Land findet es gut, wenn sich Menschen für ihre Gemeinde engagieren – Glaubwürdige Informationen kommen aus Presse und Amtsblatt

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Kommunalpolitisches Engagement hat einen guten Ruf in Baden-Württemberg – und am besten kann man sich darüber in der regionalen Tageszeitung informieren. Das sind zwei zentrale Ergebnisse des aktuellen „BaWü-Checks“, der regelmäßigen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Mitte März wurden dafür 1029 Personen über 18 Jahren befragt.

> Relativ hohes Interesse an der Kommunalwahl: Wenn am 9. Juni in Baden-Württemberg zeitgleich Kommunal- und Europawahlen stattfinden werden, wollen relativ viele Bürger ihre Stimmen für die neuen Gemeinderäte abgeben. So sagten 62 Prozent, sie wollten „ganz sicher“ wählen gehen – damit läge der Wert über der Wahlbeteiligung beim letzten entsprechenden Urnengang 2019, auch damals gekoppelt an die Europawahlen.

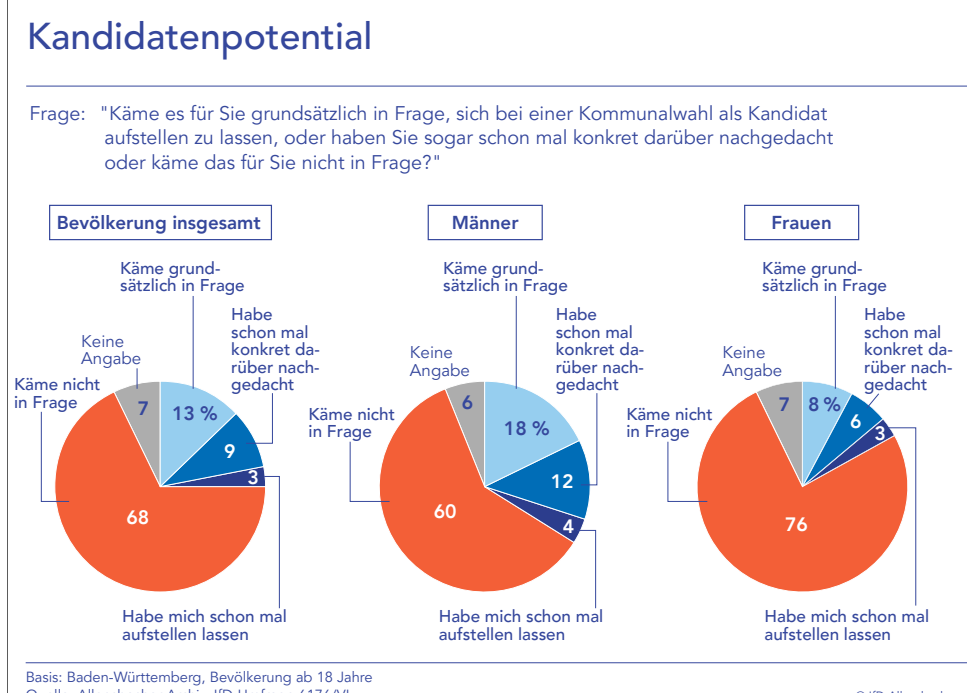
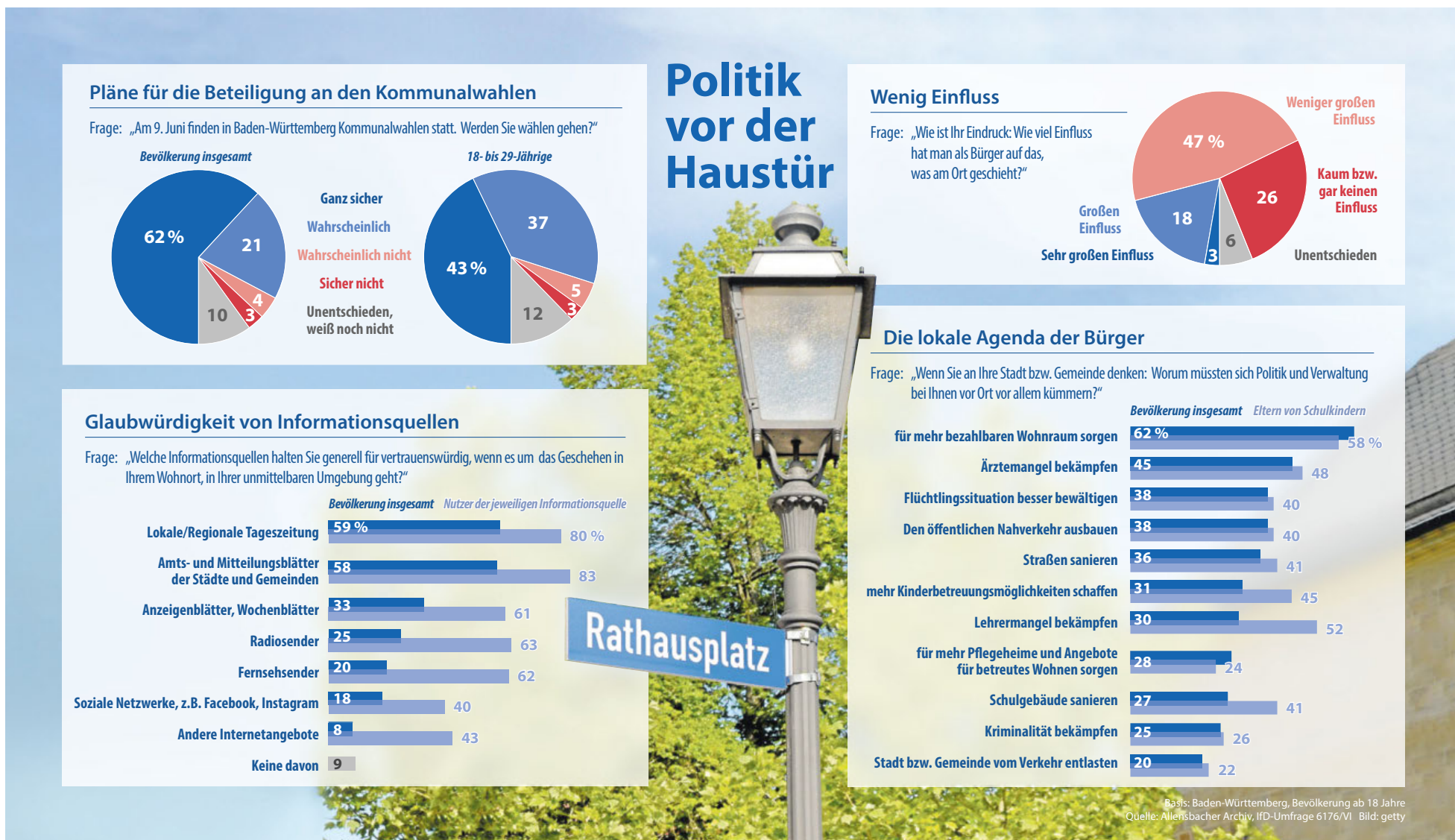
Weitere 21 Prozent sagen, sie seien „wahrscheinlich“ bei der Wahl dabei. Allerdings sind die Meinungsforscher hier skeptisch: „Viele möchten sich in der Befragung nicht dazu bekennen, dass sie nicht zu Wahl gehen“, so die Erfahrung. Diese wählten oft die Option „wahrscheinlich“ – wählten dann aber doch nicht.

Nicht erfasst wurde in der Umfrage die Gruppe der 16- und 17-Jährigen, die bei Kommunalwahlen im Südwesten seit 2014 wahlberechtigt sind und dieses Mal sogar erstmals auch kandidieren dürfen. Laut Allensbach-Institut ändert das aber an der grundsätzlichen Aussagekraft der Zahlen nichts, da die Minderjährigen nur zwei Prozent der Wahlberechtigten ausmachen. Grundsätzlich sei aber davon auszugehen, dass bei Jüngeren die Wahlbeteiligung deutlich niedriger ausfallen wird (vgl. dazu auch die Grafik).

Skeptisch waren die Befragten, was den generellen Einfluss auf das Geschehen vor Ort angeht: 47 Prozent sehen bei sich „weniger großen Einfluss“, weitere 26 Prozent „kaum bzw. gar keinen“ Einfluss (siehe Grafik).

> Inhalte wichtiger als Parteien: Wichtigstes Argument für die Wahlentscheidung werden laut Umfrage die Ziele und Programme der Kandidaten und Parteien für den Ort sein. Das sagten 68 Prozent der Befragten. Bestimmte Projekte spielen für 54 Prozent eine wichtige Rolle. Weniger als ein Drittel (28 Prozent) achtet speziell auf die Kandidierenden (28 Prozent) oder deren Parteizugehörigkeit (19 Prozent). Allerdings räumen 39 Prozent ein, dass die Parteipolitik auf Bundesebene eine Rolle bei der Kommunalwahlentscheidung spielen wird.

Das höchste Wählerpotenzial hat derzeit die CDU; 27 Prozent könnten sich vorstellen, diese Partei zu wählen. Die Grünen ziehen 21 Prozent in Betracht, die SPD 18, die AfD sowie die Freien Wähler jeweils 13 Prozent. Die FDP landet bei 11 Prozent, andere Parteien bei insgesamt 5 Prozent. Ein wenig ändert sich die Reihenfolge, wenn man nur Bürger berücksichtigt, die auf jeden Fall zur Wahl gehen wollen und konkret wissen, welche Parteien für sie in Betracht kommen. Da nennen 38 Prozent



die CDU, 34 Prozent die Grünen, 26 Prozent die SPD. Die Freien Wähler liegen hier mit 20 Prozent vor der AfD (18 Prozent). Die FDP kommt auf 16 Prozent. Mehrfachnennungen waren möglich.

> Günstiger Wohnraum wichtigstes lokales Thema: Gefragt danach, worum sich Politik und Verwaltung vor Ort vor allem kümmern müssten, landet – wie schon in früheren BaWü-Checks – die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit 62 Prozent an erster Stelle (siehe Grafik). Es folgen die Bekämpfung des Ärztemangels (45 Prozent), die Bewältigung der Flüchtlingssituation sowie der Ausbau des Nahverkehrs (jeweils 38 Prozent).

Auffällig dabei: Der Problemdruck bei allen abgefragten Themen ist üblicherweise größer, je größer die Stadt ist. So wünschen sich in den Dörfern beispielsweise nur 46 Prozent mehr Einsatz für be-

zahlbaren Wohnraum, in den Großstädten aber 73 Prozent. Die Flüchtlingssituation sehen in den Dörfern 37 Prozent kritisch, in der Großstadt 44 Prozent. Einzige Ausnahme: Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist es umgekehrt, da sieht jeder Zweite auf dem Dorf Bedarf, aber nur 32 Prozent der Großstädter.

Extra ausgewertet wurden zudem die Präferenzen von Eltern mit Schulkindern. Hier landet auch der Wohnraum auf Platz 1, dann folgt der Lehrermangel (52 Prozent). Hier hat die Kommune allerdings keinen Einfluss. Aber auch die Sanierung von Schulgebäuden oder die Kinderbetreuung sind Eltern ein besonderes Anliegen (siehe Grafik).

> Hohes Ansehen der Kommunalpolitik: 56 Prozent der Befragten bewundern das Engagement für die Gemeinde, 27 Prozent sind mit ihren Kommunalpolitikern zufrieden und 24 Prozent halten diese für „unentbehrlich“. Zudem sind 34 Prozent der Meinung, hier gehe es weniger um Parteipolitik, häufiger würden überparteiliche Kompromisse gefunden. Kritischere Stimmen, die meinen Kommunalpolitiker seien „Wichtigtuier“ (33 Prozent) oder verfolgten vor allem eigene Interessen (31 Prozent) sind dabei seltener. Und: Wer am kommunalen Geschehen wirklich interessiert ist, urteilt noch positiver über die Akteure. Für sich selbst sehen aber die wenigsten die Kommunalpolitik als attraktive Option an, wobei Männer deutlich aufgeschlossener sind als Frauen (vgl. Grafik links).

> Lokale Tageszeitung wichtig und geschätzt: Wo informiert man sich über das lokale Geschehen? In der regionalen Tageszeitung! Diese geben 58 Prozent der Befragten als ihre Informationsquelle an, und sogar 70 Prozent derjenigen, die großes Interesse am Geschehen vor Ort haben. Mit größerem Abstand folgen die Amtsblätter der Gemeinden (49 Prozent), Anzeigenblätter (39 Prozent), Soziale Netzwerke wie Facebook und Instagram (38 Prozent). Mehrfachnennungen waren hier möglich. Kaum eine Rolle spielen Radio- (21 Prozent) und Fernsehsender (16 Prozent). Schlüssel man nach Altersgruppen auf, werden die Sozialen Netzwerke in der Gruppe der 18- bis 44-Jährigen übrigens ungefähr gleich stark wie die Tageszeitungen genutzt – nämlich von circa 50 Prozent der Befragten.

Bei der Glaubwürdigkeit der Informationsquellen aber liegt die Tageszeitung (knapp vor den offiziellen Amtsblättern) deutlich an der Spitze: 59 Prozent halten die Zeitung für vertrauenswürdig – und nur 18 Prozent die Sozialen Netzwerke (siehe Grafik). Und hier ist das Misstrauen auch in der jüngeren Bevölkerung ausgeprägt: Nur 29,6 Prozent der Unter-29-Jährigen nennen Instagram & Co. eine gute Quelle, bei den 30- bis 44-Jährigen ist es nur jeder vierte.

Was aber grundsätzlich gilt: Berichterstattung über das Geschehen in der Kommune und die Kommunalpolitik halten 81 Prozent der Befragten für wichtig oder sehr wichtig – nur 11 Prozent für weniger wichtig, 2 Prozent gar für unwichtig.

Tunnelbohrer wird freigelegt

Bau an Rheintalbahn geht weiter



„Wilhelmine“ war 2017 im eingestürzten Tunnel einbetoniert worden. Foto: dpa

Rastatt/Ötigheim. (dpa) Sie steckte fast sieben Jahre unter der Erde fest und wird nun freigelegt: Nach einer Havarie im Jahr 2017 in einem Tunnel unterhalb der Rheintalbahn sind erste Teile der damals verschütteten und dann einbetonierten Tunnelbohrmaschine „Wilhelmine“ wieder zum Vorschein gekommen. Wie viel die seit vielen Monaten vorbereitete Bergung kostet, ist noch unklar.

Zu der Havarie war es am 17. August 2017 im Zuge des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn gekommen: Die Tunnelvortriebsmaschine hatte für den Bau eine Gleisstrasse der bestehenden Rheintalbahn unterquert, als sich unvermittelt die Gleise absenkten. Um den Schaden zu begrenzen und den Boden zu stabilisieren, pumpten Arbeiter rund 10 500 Kubikmeter Beton auf 160 Metern Länge in die Röhre.

Schüler dürfen Gleitzeit testen

Eine siebte Klasse in Plochingen experimentiert mit einem flexiblen Schulstart

Plochingen. (lsw) Früh in die Schule oder lieber etwas länger schlafen? Schülerinnen und Schüler eines Gymnasiums in Plochingen konnten das am Dienstag erstmals selbst entscheiden und haben das Angebot eines späteren Schulbeginns gerne angenommen. In der ersten freiwilligen Lernzeit seien zwei Schülerinnen und Schüler von insgesamt 27 anwesend gewesen, sagte Till Richter, Deutschlehrer der Klasse an der Schule im Landkreis Esslingen.

Die siebte Klasse des Gymnasiums testet seit dieser Woche ein Gleitzeitmodell für den Schulbeginn aus. Zweimal pro Woche dürften die Schülerinnen und Schüler entscheiden, ob sie regulär um 7.50 Uhr oder erst um 9.40 Uhr in die Schule kommen wollen. Dafür gebe es immer dienstags und freitags statt des regulären Deutsch- und Englisch-Unterrichts eine sogenannte freiwillige Lernzeit, erklärte Richter. Für diese Zeit bekommen die Siebtklässler dann Aufgaben, die sie entweder unter Aufsicht in der Schule bearbeiten können oder zu einem anderen Zeitpunkt zu Hause abarbeiten müssen.

Er gehe davon aus, dass der erste Tag des Versuches nicht repräsentativ gewesen sei, sagte Richter. So seien die Aufgaben, die die Schüler in dieser Zeit hätten bearbeiten sollen, bereits vor den Os-

terferien verteilt worden, sodass viele Schüler ihre Aufgaben vermutlich bereits erledigt gehabt hätte, so Richter. „Ich bin mir ziemlich sicher, dass nächste Woche mehr da sein werden“, sagte er.

Der Versuch läuft Richter zufolge nun sechs Wochen lang und soll im Anschluss von den Schülerinnen und Schülern evaluiert werden. Diese hatten in seinem Deutsch-Unterricht darüber diskutiert,



Einfach mal liegen bleiben: Diesen Traum vieler Schüler dürfen Siebtklässler an zwei Wochentagen testen. F.: Getty

was sie an der Schule stört. „Dabei kamen schnell die Unterrichtszeiten und der Schulbeginn auf. Dabei ist die Idee entstanden“, sagte Richter.

Zuspruch für ihren Modellversuch bekam die siebte Klasse von ganz oben: Baden-Württembergs Ministerpräsident

Winfried Kretschmann lobte das Projekt. Es sei „mutig und respektabel“, das einmal auszuprobieren, sagte der Grünen-Politiker am Dienstag in Stuttgart. Ob die Idee auch gut sei, merke man dann erst hinterher. „So genau muss man das machen, bevor man solche tiefgreifenden Reformen ausrollt: Dass man sie mal wirklich lebensnah überprüft“, sagte Kretschmann.

Nach Angaben des Kultusministeriums entscheidet über den Schulbeginn in Baden-Württemberg laut Schulgesetz die sogenannte Schulkonferenz. In dem Gremium sind Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern und Schüler vertreten. „Eine Staffelung des Unterrichtsbeginns ist grundsätzlich möglich. Die entsprechende Entscheidung ist von der Schulkonferenz der einzelnen Schule unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten zu treffen“, teilte ein Sprecher des Ministeriums mit. Dabei müsse etwa die organisatorische Umsetzbarkeit geprüft werden, zum Beispiel mit Blick auf die Verkehrsinfrastruktur.

An Grundschulen sind die Regeln dagegen strenger. Dort solle der Unterricht jeden Tag gleichmäßig beginnen, teilte das Ministerium mit. „Die Klassen 1 und 2 beginnen spätestens zur 2. Stunde, die Klassen 3 und 4 zur 1. Stunde. Von diesen Vorgaben darf nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden“, hieß es weiter.

Legales Cannabis gibt es noch nicht

Polizei weist auf Gesetzeslage hin

Waldshut-Tiengen/Stuttgart. (lsw) Cannabis, das zurzeit im Umlauf ist, kann nach Auffassung von Polizei und Anklagebehörden in Südbaden nicht aus legalen Quellen stammen. Anbauvereinigungen für Cannabis, die einen legalen Erwerb ermöglichen sollen, könnten erst vom 1. Juli an starten. Das teilten die Staatsanwaltschaften Freiburg, Lörrach und Waldshut-Tiengen sowie das Polizeipräsidium Freiburg am Mittwoch gemeinsam mit. Mit dem 1. April wurde der Besitz und Konsum von Cannabis für Erwachsene in Deutschland legal.

Es sei zwar der private Eigenanbau von bis zur drei Cannabispflanzen bereits möglich. Da diese aber erst wachsen und dann getrocknet werden müssten, seien „konsumfähige Erzeugnisse zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen“, schreiben die regionalen Behörden.

Der Verkauf von Cannabis bleibe weiter strafbar. Menschen, die zurzeit Cannabis besitzen und damit angetroffen werden, sind demnach Zeugen im Verfahren gegen unbekannte Verkäufer. „Diese Zeugen sind auch grundsätzlich zu wahrheitsgemäßen Angaben verpflichtet. Ihre Personalien sind daher für die Zeugeneigenschaft festzustellen.“ Der Handel mit Cannabis werde weiter konsequent strafrechtlich verfolgt, hieß es in der Mitteilung.